

auch ökonomische Chancen sieht: ökonomische Chancen für eine nachhaltige Landwirtschaft und für den Standort. Man sollte auch damit werben, also nicht nur feststellen, dass Nordrhein-Westfalen gentechnikfrei ist, sondern das auch zu einer Marke machen: Nordrhein-Westfalen – gut, lecker, ohne Gentechnik. Ich glaube, dass wir damit auch im Wettbewerb zu anderen Regionen stehen.

Wenn zum Beispiel der Kollege Söder für Bayern sagt, er braucht keine Gentechnik, und Bayern zum Feinkostladen der Republik machen möchte, dann müssen wir diese Herausforderung auch für unseren Standort, für unsere Landwirtschaft und für unsere Produkte annehmen. Wir haben mindestens genauso viel zu bieten wie Bayern.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das ist auch eine ökonomische Herausforderung, im Übrigen auch für unsere Pflanzenzüchterinnen und -züchter und unsere Saatgutwirtschaft. Auch das ist ein Standortfaktor und sollte von uns gepflegt werden.

Deshalb liegt in der Marke „Gentechnikfreies Nordrhein-Westfalen“ auch eine große Chance für den Wirtschaftsstandort. Es ist ein Teil der Arbeit des Netzwerks in einer solchen Regioneninitiative. Es hat sich gezeigt, dass die Regionen, die dieser Initiative beigetreten sind, über die Zeit auch voneinander profitieren. Deshalb ist es richtig, eine solche Initiative zu fordern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn es in einer großen Koalition in Thüringen möglich ist, einer solchen Initiative beizutreten, dann ist es doch auch möglich, dass Sie dem Antrag heute zustimmen. Ich jedenfalls würde mir das wünschen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke schön, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen mir nicht vor.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 15/1060. Es handelt sich hier, wie gesagt, um einen Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: „Nordrhein-Westfalen wird gentechnikfreie Region in Europa“. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linker. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der **Antrag Drucksache 15/1060** zweifelsfrei mit dem festgestellten Stimmresultat **angenommen**.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 4 und rufe auf Tagesordnungspunkt

## 5 Landesregierung muss zusätzliche Mittel für den Straßenerhalt in NRW bereitstellen, um Winterschäden nachhaltig zu beseitigen

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1072

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Lehne für die CDU das Wort.

**Olaf Lehne** (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Klimawandel hin oder her, wir haben seit langer Zeit endlich wieder einen normalen Winter gehabt.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Wie: gehabt?)

– Wir haben ihn, tatsächlich, stimmt. – Die Folgen sind leider gravierend. Schlaglöcher über Schlaglöcher tun sich auf, und dies bei leeren Kassen in den Kommunen, im Land und auch im Bund.

Hinzu kommt, dass vor 2005 die rote wie später die rot-grüne Landesregierung über Jahrzehnte die Landesstraßen hat verwahrlosen lassen, was bei einem harten Winter natürlich entsprechend zu Buche schlägt.

Immer wenn die Grünen mitregieren, werden Lückenschlüsse, Neubauplanungen gestoppt, und dies, obwohl die Verkehrssysteme selbst gemeinsam nicht mehr in der Lage sind, die Verkehre, auch öffentliche Personennahverkehre, aufzunehmen.

Die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist mehr als gefährdet. Es gilt, intelligente Lösungen zu finden, die Straßensanierungen, Lückenschlüsse und auch neue Strecken ermöglichen. Nur wenn alle Verkehrssysteme mit Sachverstand gemeinsam ausgebaut werden, ist ein dauerhaftes Verkehrsdesaster zu vermeiden.

Die CDU-Minister Wittke und Lienenkämper haben es nach Jahrzehnten der Stagnation geschafft, Planungen und Neubauten wie auch die Sanierung der Landesstraßen nach vorne zu bringen. Herr Minister Voigtsberger hat mit seinem grünen Staatssekretär ein Elf-Punkte-Programm aufgestellt, das leider das Papier, auf dem es steht, nicht wert ist. Herr Minister, Sie wollten als Asphalttiger starten und landen bereits heute als Papiertiger.

Es reicht nicht aus, die Winterdienste von orangefem Licht auf blaues Licht umzurüsten. Vielmehr ist es erforderlich, dass die Landesregierung nach Ende der Frostperiode eine Erhebung über die entstandenen Winterschäden im nordrhein-westfälischen Straßennetz durchführt und in den Landeshaushalt 2011 durch Umschichtungen bzw. Einsparungen die erforderlichen Mittel zur Beseitigung der witterungsbedingten Schäden einstellt. Dies macht aber nur dann Sinn, wenn die Landesregierung

schnell handelt, damit die Schäden vor Beginn der nächsten Frostperiode beseitigt werden und sich der Sanierungsstau im nordrhein-westfälischen Straßennetz nicht weiter vergrößert.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Sie meinen zu regieren. Dann machen sie dies auch, und ziehen Sie nicht durchs Land und versprechen Dinge, die Sie nicht halten können!

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich 2005 trotz übernommener desaströser Haushaltslage Gestaltungsspielraum geschaffen und zum Beispiel für Schulen, Kindergärten und Straßen viel Geld zur Verfügung gestellt. Selbst nach „Kyrill“ wurden Sonderprogramme aufgelegt, die vor Ort geholfen haben. Dies ging nur durch eine intelligente Umschichtung und nicht wie bei Ihnen durch die Aufnahme weiterer Schulden.

Herr Staatssekretär Becker, legen Sie Ihre grün-ideologisch gefärbte Brille weg und kümmern Sie sich um das Wohl der nordrhein-westfälischen Bevölkerung, auch wenn sich die grüne Dagegen-Partei bis dato lediglich dadurch auszeichnet, gegen Straßen, Kraftwerke, gut funktionierende Schulsysteme usw. zu sein.

Wenn die neue Landesregierung erklärt, dass bei Landesstraßen Erhaltung und Sanierung vor Neubau kommen müssen, so ist es unsere Oppositionsaufgabe, den Städten und Gemeinden zu erklären, dass sie die notwendigen Umgehungsstraßen unter einer rot-grünen Regierung nicht bekommen werden,

(Jochen Ott [SPD]: Heuchelei, reine Heuchelei)

die Verkehre weiter auf wintergeschädigten Rumpelpisten donnern und die Schäden an den Straßen noch größer werden.

(Jochen Ott [SPD]: Wo haben Sie denn gebaut?)

– Gucken Sie sich die Listen an! Lassen Sie es sich vortragen, Herr Kollege! Sie wissen es genau. – Dies geht ausschließlich zulasten der Kommunen. Das muss man sich mal vorstellen.

Da berichtet die „Welt am Sonntag“ am 16. Januar 2011, dass der grüne Umweltminister Rimmel unter anderem Schirmherr einer Veranstaltung ist, die den Ausbau der A 52 zwischen Gelsenkirchen und Essen verhindern soll. Das ist eine Region, die mehr als alle anderen dringend infrastrukturelle Maßnahmen braucht. Sie gehen hin, verhindern Lückenschlüsse und die Entlastung der Anwohner und fördern hierdurch den Schwertlastverkehr durch die Orte. Das ist grüner Umweltschutz! Verkehrsland Nordrhein-Westfalen, gute Nacht!

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Was soll der Bürger von einem Minister wie Herrn Voigtsberger halten, der am 23. Dezember 2010 in

einer Pressemitteilung Folgendes erklärt hat. Mit Erlaubnis der Präsidentin darf ich zitieren:

„Angesichts der anhaltenden witterungsbedingten Probleme bei den Hauptverkehrsträgern Bahn, Schiene und Straße fordert NRW-Verkehrsminister Harry K. Voigtsberger mehr Engagement von den Verkehrsträgern, aber auch mehr Beteiligung auf allen politischen Ebenen.“

Fordern, aber selbst verhindern – diese Rechnung kann nicht aufgehen. Zaudern Sie nicht, Herr Voigtsberger, sondern handeln Sie!

Ich weiß, dass dies mit der Dagegen-Partei, den Grünen, und deren Staatssekretär kaum möglich ist. Sie tragen Verantwortung. Werden Sie dieser gerecht!

Das Verhalten der Landesregierung ist blanker Hohn. Was sollen die Kommunen denn machen? Erst bekommt die rot-grüne Minderheitsregierung das neue GFG nicht hin und haut den Kommunen die größtenteils abgeschlossenen Haushaltsberechnungen kaputt, kürzt noch die Zuweisungen in den kreisangehörigen Räumen um 133 Millionen €, gibt kein Geld für Umgehungsstraßen aus – und zuallerletzt will Rot-Grün dann noch mehr Engagement.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Ein Politiker kann viel erzählen, Herr Voigtsberger. Bitte erzählen Sie, Herr Voigtsberger, diesem Hause doch einmal, wie und wo Sie umschichten wollen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Einsparpotenziale gäbe es zum Beispiel bei den Versorgungsposten für gescheiterte Genossen, die in ihren Wahlkreisen nicht mehr gewählt wurden. Spätestens seit gestern müsste auch diese Landesregierung begriffen haben, dass Geld nicht durch eine ewig weitere Neuverschuldung beschafft werden kann.

Insofern war und ist das Handeln der Landesregierung unverantwortlich, ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Sie achten auf die Redezeit?

**Olaf Lehne (CDU):** ... insbesondere für die nachfolgende Generation. Die Schlaglöcher auf den Straßen sind Ihre Schlaglöcher, Herr Voigtsberger. Setzen Sie sich für eine Bestandsaufnahme und ein Sofortprogramm ein! Die läppische Aufstockung um nur 5 Millionen € hilft nicht weiter. Das wissen Sie. Sie reicht noch nicht einmal für kosmetische Reparaturen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Lehne, Ihre Redezeit ist lange überschritten.

**Olaf Lehne** (CDU): Ich bin sofort fertig.

Die „Westfalenpost“ beschreibt die Situation richtig: Voigtsberger will durch Krisenfonds Aktivität demonstrieren, doktert aber nur an den Symptomen herum. Wer Nordrhein-Westfalen mobil halten will, muss deutlich mehr Geld in das Straßennetz stecken und investieren.

(Jochen Ott [SPD]: So wie Sie! – Vizepräsidentin Carina Gödecke räuspert sich.)

Es ist kaum anzunehmen, dass die Grünen hier mitziehen werden. Da ist das Palaver über Blaulicht und Martinshorn weniger riskant.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Ihre Redezeit!

**Olaf Lehne** (CDU): Gestalten Sie endlich und palavern Sie nicht! Ich bitte das Haus, unserem Antrag zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke schön, Herr Lehne. – Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Berghahn.

Ich will noch einmal einen Spruch meiner Vizepräsidentenkollegin Frau Freimuth verwenden: Wenn man sich hier stark räuspert, hat man in den seltensten Fällen wirklich eine Erkältung, sondern dann sind wir mit der Redezeit schon arg über dem Limit. – Aber jetzt hat der Kollege Berghahn das Wort.

**Jürgen Berghahn** (SPD): Vielen Dank. Frau Präsidentin, ich werde darauf achten. Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Lehne, vielen Dank für Ihren Beitrag. Ich hatte einen Moment lang überlegt, ob ich in einer Karnevalssitzung bin.

(Beifall von der SPD)

Wenn man von „Schlaglöchern des Ministers“ spricht, ist das schon starker Tobak. Wenn man sagt, ein Elf-Punkte-Programm des Ministers sei auch nichts wert, und bringt Blaulichter als Beispiel, bringt es etwas, die elf Punkte einmal durchzulesen. Vielleicht sind Sie auch nur traurig, dass Sie selber während Ihrer Zeit kein Punkte-Programm auf die Beine bekommen haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Bei euch fällt der Winter aus!)

Kommen wir zum Thema! Der Antrag der Fraktion der CDU ist im Grunde genommen zu begrüßen – zeigt er doch, dass die CDU erkannt hat, dass die Instandhaltung der Straßen in Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung ist. Leider hört es dann allerdings schon mit den Erkenntnissen aufseiten der CDU auf. Der Antrag geht nämlich – wie man so

schön sagt – am Ziel vorbei. Sie fordern die Landesregierung auf, Maßnahmen zur Behebung der zusätzlichen Winterschäden an den Straßen des Landes zu ergreifen.

Nun, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, dazu braucht es nicht Ihre Aufforderung. Das ist Tagesgeschäft der Landesregierung beziehungsweise des Landesbetriebs „Straßen.NRW“. Entsprechende Maßnahmen sind vom Landesbetrieb schon ergriffen worden. Schäden werden im Rahmen der Erhaltung der Verkehrssicherheit bereits behoben. Dass es sich dabei witterungsbedingt zunächst nur um vorläufige Reparaturmaßnahmen handelt, dürfte ebenfalls bekannt sein. Nachhaltige Sanierungsmaßnahmen werden bei Einsetzen besseren Wetters folgen. Entsprechende zusätzliche Finanzmittel – hören Sie gut zu! – sind aufgrund der Erfahrungen vergangener Jahre eingeplant.

Des Weiteren verlangen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, dass die Landesregierung dafür Sorge trägt, dass die Schäden behoben werden und der Sanierungsstau nicht zusätzlich vergrößert wird. Falls es Ihnen entgangen ist: Die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen aus Bündnis 90/Die Grünen und SPD messen dem Straßenerhalt eine höhere Bedeutung zu als dem Neubau. Insofern wird es hier zu einer Mitelumschichtung innerhalb des Landeshaushalts kommen, die Ihren Antrag erübrigt.

Die Winterschäden aus den Jahren 2009 und 2010 und des jetzigen Wintereinbruchs decken Ihre Versäumnisse der vergangenen Jahre nun auf – Versäumnisse, die Sie in Person der alten Landesregierung zu verantworten haben.

(Jochen Ott [SPD]: So ist das!)

So hat sich gezeigt, dass der Anteil der vorgeschädigten Straßen seit 2008 um 33 % zugenommen hat. Die Folge ist, dass die Sanierungsarbeiten jetzt deutlich aufwändiger und somit in Summe natürlich auch teurer sind. Die Winterschäden zeigen, dass unsere Neuausrichtung zugunsten des Straßenerhalts richtig war und ist.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Das war längst überfällig. Diese Neuausrichtung haben wir mit unserem Koalitionspartner vereinbart und im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Dagegen haben Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, landauf, landab Stimmung gemacht und dagegen gesprochen. Sie haben das Ende des Straßenbaus durch das Land posaut. Jetzt laufen Sie dem Thema nach. – Wer zu spät kommt, den bestraft der Wähler, kann ich da nur sagen. Wir machen es besser.

(Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

Der Haushaltsansatz wurde bereits zuvor gegenüber dem alten Ansatz auf 78,5 Millionen € erhöht.

Darüber hinaus bietet die Landesregierung den Kommunen Hilfe bei dieser Aufgabe an.

Wie Minister Voigtsberger in der Veranstaltung zur Wintermobilität am 17. Januar dankenswerterweise verkündet hat, wird das Land mit seinen Förderbestimmungen Gelder aus dem Entflechtungsgesetz zur Verfügung stellen, soweit den Kommunen an einer grundhaften Sanierung gelegen ist. Das ist eine wirksame Hilfe vor Ort. Der nachhaltige Substanzerhalt unserer Landstraßen wird zielgenau angepackt. Hilfen für die Kommunen kommen hinzu. Für diese vorausschauende Politik gebührt der Landesregierung unser Dank.

Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der CDU, ist somit obsolet und abzulehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Berghahn. Die Redezeit haben Sie in der Tat eingehalten. – Als Nächster hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Klocke das Wort.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Lehne, Sie sind eigentlich ein kluger Kopf. Ich frage mich immer wieder: Wer schreibt eigentlich Ihre Reden? Sie kommen nämlich vom Höcksken aufs Stöcksken. Dass Sie nicht noch die Gemeinschaftsschulen reingepackt haben und eventuell die Schlaglöcher vor den grünen Gemeinschaftsschulen besser saniert werden als die vor den von den Grünen angeblich kritisierten Hauptschulen, war das Einzige, was in Ihrer Rede noch fehlte.

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie verwechseln das mit dem Umweltminister!)

Ich würde einfach sagen: Thema verfehlt. – Grundsätzlich ist Ihr Antrag ja begrüßenswert. Das, was Sie formulieren, haben SPD und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag stehen. Dazu hat der Minister hier am Montag einen Kongress und eine Beratung durchgeführt. Das wird kommen. Von daher laufen Sie offene Türen ein. Auch des Antrages hätte es nicht bedurft.

Wir werden den Antrag heute deswegen nicht annehmen, weil Sie sich an dem Punkt einen schlanken Fuß machen, da Sie nämlich nicht die Frage beantworten, was Sie zwischen 2005 und 2010 gemacht haben.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist die Frage!)

Ich möchte einmal aus Ihrem Punkt 3 des Antrags vorlesen. Dort schreiben Sie, vonseiten der Landesregierung sei „dafür Sorge zu tragen, dass die Schäden vor Beginn der folgenden Frostperiode beseitigt werden können“ – sie mag eventuell im

Januar oder Februar noch anstehen –, „damit der Sanierungsstau im nordrhein-westfälischen Straßennetz nicht zusätzlich vergrößert wird.“ Ich frage mich: Wer hat denn hier zwischen 2005 und 2010 regiert? Wer hat den Verkehrsminister gestellt? Woher kommt der Sanierungsstau? – Punkt eins.

Punkt zwei möchte ich gerne von Ihnen beantwortet haben. Leider sehen wir hier nur leere Reihen. Eigentlich müsste man diese Frage jetzt Herrn Latsch oder Herrn Laumann oder Herrn Papke stellen: Die Kommunen haben einfach zu wenig Geld für Straßensanierungen.

Das ist nächste Woche Thema im Stadtrat in Köln. Ich selber kann es auch bestätigen: Ich fahre jeden Morgen von Nippes zum Hauptbahnhof mit dem Fahrrad. Dort sind Löcher, die zwar auch schon im letzten Jahr da waren, aber jetzt keine Löcher mehr sind, sondern Krater geworden sind. Wenn man das in diesem Jahr nicht ausbessert, haben wir im nächsten Jahr fast mehr Loch als Straße.

Warum gehen die Kommunen dieses Thema nicht an? – Weil in den Gemeindegeldern die Gelder fehlen. Wir haben hier im letzten Herbst gemeinsam – damit meine ich die CDU, die SPD, die Linke, die Grünen und teilweise auch die FDP – einen kommunalen Stützungsplan beschlossen. Sie wollten bei Ihrer Bundesregierung Druck machen. Sie haben mit Herrn Bahr und Herrn Röttgen zwei Parteivorsitzende, die direkt am Kabinetttisch sitzen. Warum passiert hinsichtlich der Entlastung der Kommunen von den Soziallasten nichts? Warum werden die Kosten der Unterbringung nicht so, wie wir es beschlossen haben, zur Hälfte vom Bund getragen? – Da frage ich mich, ob Ihre beiden Landesvorsitzenden in Berlin am Kabinetttisch ...

(Dietmar Brockes [FDP]: Wer hat das denn beschlossen?)

– Das haben wir hier alle miteinander beschlossen, und Sie stellen gerade die Bundesregierung.

(Dietmar Brockes [FDP]: Unter Steinbrück!)

Da Sie möchten, dass die Kommunen für die Straßensanierung mehr Geld im Stadtsäckel haben, frage ich mich, warum Sie in Berlin nicht bei Ihren eigenen Leuten durchdringen, damit es zu einer entsprechenden Entlastung kommt. Das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Das war Ihre Bundesregierung, die den Murks gemacht hat!)

– Sie sind lange genug dran, um es entsprechend voranbringen zu können.

Die Frage lautet auch: Warum ist der Landesbetrieb Straßen.NRW so runtergewirtschaftet, wie er runtergewirtschaftet ist? – Die roten Zahlen in den Büchern sind doch evident.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieser Betrieb ist doch ein Konkursfall. Was haben Sie in den letzten fünf Jahren diesbezüglich eigentlich gemacht? – Das ist doch die entscheidende Frage.

(Jochen Ott [SPD]: Den hat die FDP vor die Wand gefahren!)

Um es zusammenzufassen: Die Sanierungsnotwendigkeit wird von uns gesehen. Insofern treffen Sie mit Ihrem Antrag bei uns auf offene Ohren. Den Antrag können wir allerdings nicht annehmen. Denn Sie müssten klar Butter bei die Fische geben und sagen, was Sie vonseiten der Bundesregierung zu machen bereit sind und was in den Jahren 2005 bis 2010 war. Da das in diesem Antrag fehlt, werden wir ihn ablehnen. Die Sanierung wird trotzdem stattfinden.

Und dass die Grünen das blockieren könnten – Herr Becker hat ja gar keine grüne Brille auf, die er abnehmen könnte –, ist völliger Unsinn. Wir haben Interesse an guten, soliden Straßen. Deswegen steht, auch auf unser Drängen hin, im Koalitionsvertrag: Wir setzen auf Erhalt statt auf Ausbau. – Das wird der Verkehrsminister, das wird das Land entsprechend umsetzen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Brockes das Wort.

**Dietmar Brockes (FDP):** Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Herr Kollege Klocke, das haben Sie eben wohl verwechselt: Es waren nicht die Straßen vor den Gemeinschaftsschulen, sondern die Zufahrtsstraßen zum Haus Ihres Umweltministers, die besser geräumt waren als die anderen Straßen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Herr Brockes wollte damit sagen: Seine auch nicht!)

– Ah ja. Aber Sie haben es verstanden.

Meine Damen und Herren, der frühe Wintereinbruch mit gewaltigen Schneefällen und anhaltend tiefen Temperaturen hat bei allen Verkehrsträgern zu massiven Problemen geführt. Natürlich kann niemand eine Garantie dafür geben, dass der Verkehr auf Straße, Schiene und in der Luft bei extremen Wetterlagen absolut reibungslos verläuft. Es muss aber alles dafür getan werden, die Mobilität auch bei winterlichen Bedingungen so gut wie möglich zu gewährleisten.

(Beifall von der FDP)

Sichere Mobilität ist zu jeder Jahreszeit eine grundlegende Voraussetzung für das störungsfreie Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Arbeitnehmer nicht pünktlich zur Arbeit kommen, Kinder nicht in die Schule gehen können und Waren ihre Empfänger nicht erreichen, darf man das nicht

klaglos hinnehmen und einfach zur Tagesordnung übergeben. Hieraus müssen Konsequenzen gezogen und offensichtliche Ursachen für das Winterchaos abgestellt werden.

(Beifall von der FDP)

Es ist deshalb zu begrüßen, meine Damen und Herren, dass der Minister am Montag dieser Woche zu einem Forum eingeladen hat, um mit den verantwortlichen Akteuren Lösungsvorschläge für eine bessere Wintermobilität zu erarbeiten. Wir werden das für alle Verkehrsträger im Einzelnen auch noch im Verkehrsausschuss erörtern. Die FDP-Fraktion wird Sie gerne dabei unterstützen, damit sich bis zum kommenden Winter deutliche Verbesserungen einstellen.

Heute, meine Damen und Herren, geht es zunächst einmal nur um die dramatischen Schäden, die der Wintereinbruch auf den Straßen in Nordrhein-Westfalen hinterlassen hat. Die CDU greift mit ihrem Antrag ein Thema auf, das auf dem „Forum Wintermobilität“ nicht annähernd gelöst wurde. Fest steht: Wir werden jedes Jahr erneut die gleiche Diskussion über die Wintermobilität führen dürfen, wenn die Misere der Straßenerhaltung nicht gelöst wird. Das gilt insbesondere für das Land und in noch stärkerem Maße für die Kommunen.

(Jochen Ott [SPD]: Genau!)

Den Bund lasse ich hier außen vor, da dieser bei der Erhaltung seiner Straßen seine Hausaufgaben anständig gemacht hat.

(Jochen Ott [SPD]: Und uns das Geld weggenommen hat!)

Für den Bereich der Autobahnen und Bundesstraßen hat der Bund trotz des Auslaufens der Konjunkturprogramme die Mittel für die Straßenerhaltung auf rund 2,2 Milliarden € erhöht. Damit stehen Erhaltungsmittel in auskömmlicher Höhe zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, das Hauptproblem der Gemeinden und des Landes ist nicht die Verkehrssicherheit an sich. Die Löcher lassen sich, wie der letzte Winter gezeigt hat, mit überschaubarem Aufwand stopfen. Wenn aber nur provisorisch geflickt wird, ist das weder zielführend noch nachhaltig. Denn vielleicht müssen Fahrbahndecken auf großer Fläche saniert werden. Dies dient der Wirtschaftlichkeit und der Nachhaltigkeit der Reparatur. Deshalb müssen wir die Winterproblematik gemeinsam mit der künftigen Erhaltungsstrategie des Landes diskutieren.

Zunächst brauchen wir eine aktuelle Erhaltungsbedarfsprognose. Auf dieser Grundlage muss eine nachhaltige Erhaltungsstrategie, die unser Netz winterfest macht, vereinbart und umgesetzt werden. Ich kann bisher leider nicht erkennen, dass die Landesregierung eine solche Erhaltungsstrategie verfolgt.

Dass Herr Minister Voigtsberger stolz verkündet, das Land werde die Mittel für die Landesstraßenerhaltung von 73 Millionen € im Jahr 2010 auf 78,5 Millionen € im Jahr 2011 anheben, ist noch lange kein Grund zum Jubeln. Denn damit liegen die Erhaltungsinvestitionen immer noch um 1,5 Millionen € unter dem Ansatz des Jahres 2009. Ich darf in Erinnerung rufen, dass CDU und FDP zwischen 2005 und 2010 die jährlichen Aufwendungen für die Straßenerhaltung um durchschnittlich 50 % gegenüber dem bei der Regierungsübernahme von Ihnen, von Rot-Grün, vorgefundenen Ansatz von 48 Millionen € gesteigert haben. Herr Kollege Klocke, da sehen Sie, wo die Probleme in Wirklichkeit entstanden sind.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

In den Koalitionsvereinbarungen von Rot-Grün wird die Erhöhung der Erhaltungsleistung als wesentlicher Grund für die Zerschlagung des Landesstraßenausbauprogramms angegeben. Die uns jetzt präsentierten Zahlen belegen allerdings, dass eine deutliche Steigerung der Erhaltungsaufwendungen gar nicht vorgesehen ist bzw. nicht erreicht wird.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

In der Summe werden dem Straßenausbau und der Straßenerhaltung offensichtlich Mittel entzogen, meine Damen und Herren. Letztlich kommt es nur zur Einstellung des Straßenausbaus und zur Verhinderung neuer Ortsumgehungen. Das kann aus unserer Sicht nicht der richtige Weg sein.

(Beifall von der FDP)

Hier bedarf es dringend zusätzlicher Unterstützung gerade auch der Kommunen durch das Land.

(Vizepräsidentin Carina Gödecke räuspert sich.)

Ich sage Ihnen in Anbetracht der heutigen Debatte ganz klar: Das ist im Haushalt zu erwirtschaften. Dafür braucht man keine zusätzlichen Schulden.

(Jochen Ott [SPD]: Aha! Danke für die Hotelsteuer!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ihnen, Frau Präsidentin, wünsche ich gute Gesundheit.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke schön, das war es aber nicht. Die Gesundheit ist nicht das Problem, sondern das Überziehen Ihrer Redezeit. – Frau Kollegin Beuermann für die Fraktion Die Linke.

(Jochen Ott [SPD]: Steuern senken und gleichzeitig Straßen sanieren!)

**Bärbel Beuermann (LINKE):** Herzlichen Dank, meine Damen und Herren, für diesen Antrag, den Sie uns auf den Tisch gelegt haben.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Verärgerung in der Bevölkerung über die Schlaglochpisten überall im Land ist wirklich immens. Auf den Straßen in Herne zum Beispiel befindet sich statistisch gesehen alle 40 m ein Schlagloch. Die Schlaglöcher sind schon fast so tief wie die Haushaltslöcher in den Kommunen.

Schon in den vergangenen Jahren wurde viel Flickschusterei auf den Straßen betrieben. Das rächt sich nun. Es fehlt nicht mehr viel, und wir haben den Straßenzustand in den neuen Bundesländern vor 20 Jahren erreicht. Bundesweite Erhebungen zeigen, dass nirgendwo in Deutschland die Straßen in einem so schlechten Zustand sind wie in den überschuldeten Kommunen des Ruhrgebiets. Dieser Zustand ist symptomatisch für die chronische Benachteiligung der Städte und Gemeinden.

Besser sieht es natürlich auf den fast 2.000 km Autobahnen in Nordrhein-Westfalen aus. Dort sind die Frostschäden längst nicht so schlimm wie auf den kleineren Straßen. Das ist auch kein Wunder, denn der Bund stellt die Gelder zur Verfügung, die notwendig sind, um den Belag auf den Autobahnen regelmäßig zu erneuern.

Seit Jahren ist der kommunale Straßenbau unterfinanziert. Gerade die CDU/FDP-Landesregierung hat mit ihrer die Kommunen belastenden Sparpolitik dazu beigetragen, dass die Straßenunterhaltung nicht mehr im notwendigen Umfang erfolgen konnte. Es ist uns allen bekannt, dass die Frostschäden dort am heftigsten auftreten, wo der Zustand der Straßen am schlechtesten ist. Jedes auch noch so große Schlagloch hat seine Karriere als kleiner Riss begonnen.

Der harte Winter hat nun schonungslos den desolaten Zustand unserer Straßen sichtbar werden lassen. Angesichts der immensen Schäden und der dramatischen Haushaltssituation sind die Städte und Gemeinden aus eigener Kraft nicht in der Lage, die winterbedingten Schäden zu beseitigen. Aber Flickschusterei bringt Land, Städte und Kommunen auch nicht weiter. Daher lehnt Die Linke diesen Antrag ab.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Sie haben offensichtlich auch erkannt, wie es um die Straßen steht. In der „ADAC Motorwelt“ vom März 2010 hat der ehemalige Ministerpräsident Rüttgers verkündet – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin –: Wir haben in NRW ein Sonderprogramm für die Beseitigung von Schlaglöchern aufgelegt. – So weit, so gut.

Bei der Umsetzung hat es aber mehr als gehapert, denn beschlossen wurde dieses Sonderprogramm

nie. Haben Sie erkannt, dass es nur ein Flickwerk werden würde, Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die noch im Raum sind? Oder hat Sie damals der Mut verlassen? Aber egal – im Vergleich zum vernachlässigten Schienennetz war diese Haltung der Rüttgers-Regierung wenigstens konsequent.

Grundlegende Änderungen bei der Unterhaltung der Straßen sind erforderlich, damit eine solche Entwicklung gar nicht erst eintreten kann. Land und Kommunen müssen die Mittel zur Verfügung haben, die eine gute Straßenerhaltung ermöglichen. Dafür muss der Erhalt der bestehenden Infrastruktur ganz klar Vorrang vor dem Neubau haben. Damit ist schon viel erreicht. Die Linke versteht den Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung als Schritt in die richtige Richtung.

Meine Damen und Herren der CDU, wenn Sie fordern, dass die zusätzlichen Mittel für den Straßenbau neutral für den Haushalt sein sollen, müssen Sie uns auch verraten, womit Sie die vielen Schlaglöcher gestopft haben wollen: etwa mit den Mitteln für die Kinderbetreuung oder die sozialen Einrichtungen? Oder wollen Sie vielleicht bei Lehrkräften, bei Polizisten oder bei dringend benötigten Zukunftsinvestitionen einsparen? Das sollten sie uns verraten.

(Jochen Ott [SPD]: Unnötige Details! – Heiterkeit von der SPD)

Die Linke will, dass geprüft wird, ob die vom Ministerium veranschlagten 78,8 Millionen € für die Landesstraßenerhaltung angemessen sind oder ob aus den Mitteln für den Straßenneubau umgeschichtet werden muss. Besonders den armen Kommunen muss das Land bei der Beseitigung der Winterschäden unter die Arme greifen.

Aus diesem Grunde, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, würde ich mir an Ihrer Stelle überlegen, ob dieser Antrag aufrechterhalten bleiben soll. Wir lehnen ihn auf jeden Fall ab. – Danke.

(Beifall von der LINKEN und von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Beuermann. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Voigtsberger.

**Harry Kurt Voigtsberger,** Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss sagen, Herr Lehne: Was für ein Auftritt! Sie haben in der Tat karnevalistisches Talent. Machen Sie etwas daraus. Damit kommen Sie noch ganz groß heraus. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Heiterkeit von Olaf Lehne [CDU])

Denn Sie wissen natürlich, Herr Lehne: Sie haben nicht meine Schlaglöcher beschrieben, sondern die

Schlaglöcher von Herrn Lienenkämper und wahrscheinlich noch diejenigen von Herrn Wittke.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Britta Altenkamp [SPD]: Die größeren sind von Herrn Wittke!)

Herr Lienenkämper ist vorsichtshalber erst gar nicht gekommen.

(Ralf Witzel [FDP]: Was sagen Sie denn zu Ihnen?)

Sie wissen natürlich, dass eine Straße lange geschädigt sein muss. Bis ein Schlagloch entsteht, muss sie schon jahrelang in einem schlechten Zustand sein. Dann kommt erst das Schlagloch.

(Zuruf: Das war noch Rot-Grün!)

– Ich habe in Erinnerung, dass Sie in den letzten fünf Jahren die Verantwortung getragen haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Sagen Sie doch etwas zu Ihren eigenen Schlaglöchern!)

Meine Damen und Herren, natürlich ist es wichtig und richtig für unser Land, dass wir auch unter winterlichen Bedingungen die Mobilität aufrechterhalten; das kann gar nicht anders sein. Deswegen haben wir schon vor Weihnachten zum Gipfel der Wintermobilität eingeladen. Da war Ihr Antrag noch in weiter Ferne. Wir haben alle wichtigen Akteure aus den Bereichen Straßen-, Schienen- und Luftverkehr zu diesem Gipfel eingeladen, um uns über die Mobilität im Winter zu unterhalten.

Ich muss sagen: Die Veranstaltung war ausgesprochen erfolgreich. Sehr viele Ideen sind dabei entstanden. Wir werden mit der Umsetzung dieser Ideen in der Zukunft Herausforderungen besser als bisher bestehen. Es gibt sogar noch einen Nachklang. Herr Becker und ich haben heute mit Vertretern des Flughafens Düsseldorf gesprochen, die sich, inspiriert durch diese Konferenz, noch einmal Gedanken über Notfallpläne und Ähnliches gemacht haben. Diese haben wir heute mit ihnen erörtert. Insofern ist die Konferenz sehr gut angekommen. Alle Akteure haben das bestätigt. Wir werden davon auch in der Zukunft erheblich profitieren.

Natürlich gehört zur Mobilität, dass die Straßen in Ordnung sind und auch im Winter vernünftig genutzt werden können. Ich muss Ihnen sagen: Auch nach dem, was Sie in den Zeitungen und im Fernsehen verfolgen konnten, ist der Zustand unserer Straßen in der Tat schockierend. So habe ich mir das auch nicht vorgestellt.

(Zuruf von Olaf Lehne [CDU])

Woher kommt das? Jahrelang unterlassene Erhaltungsmaßnahmen haben die Schädigungen letztlich herbeigeführt, die dann bei einem harten Winter durch Schlaglöcher ganz offenkundig werden. Das Schlagloch ist also nicht der Anfang des Stra-

ßenschadens, sondern eigentlich das Ende. Vorher ist schon sehr viel versäumt worden.

Meine Damen und Herren, es war in der Tat so schlimm, dass wir ganze Straßenzüge aufgrund der Schlaglöcher sperren mussten, um die Sicherheit noch zu gewährleisten. Ich muss sagen: Dass es so weit kommen konnte, war längst vorauszusehen. Hätten Sie in Untersuchungen hineingeschaut, hätten Sie das deutlich ablesen können, vor allem auch in Ihrer Regierungszeit.

Ich nenne Ihnen nur zwei Zahlen. Bei einer Untersuchung über den Zustand unserer Landesstraßen, die alle zwei Jahre durch den Landesbetrieb bzw. durch externe Gutachter untersucht werden, wurde 2004 festgestellt, dass 41 % unserer Landesstraßen in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand sind. Bei der Untersuchung 2008 wurde festgestellt, dass 55,5 % aller Landesstraßen in schlechtem oder sehr schlechtem Zustand waren. Das waren also 15 % mehr.

(Jochen Ott [SPD]: Aha! Hört, hört!)

Das kann nur bedeuten, dass Sie in dieser Zeit an der Erhaltung nichts getan haben.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Zwei schwere Winter kommen noch dazu: der Winter 2009/2010 und der jetzige Winter. Herr Lehne, wir können davon ausgehen, dass sich der Zustand der Straßen weiter verschlechtert hat. Wir sind natürlich dabei, wieder eine Erhebung durchzuführen. Sie läuft derzeit. Wir müssen davon ausgehen, dass etwa zwei Drittel unserer Landesstraßen in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand sind.

Die Landesregierung hat das natürlich erkannt und umgesteuert; das wissen Sie genau. Seit Mitte letzten Jahres gilt: Erhaltung vor Neubau. Wenn wir das bestehende Straßensystem nicht leistungsfähig halten, nutzt es uns nichts, irgendwo 10 oder 15 km dazu zu bauen, wenn das Bestehende zerfällt und verrottet. Meine Damen und Herren, wir haben es jetzt gesehen: Wir müssen ganze Straßenzüge sperren, weil sie aus Sicherheitsgründen nicht mehr befahrbar sind.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben deswegen auch die Mittel auf 78,3 Millionen € erhöht. Sie wissen das.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Aber Sie sagen, das sei zu wenig. Im Jahr zuvor hatten Sie die Mittel noch abgesenkt. Hätten Sie damals auch schon aufgestockt, wären wir ein ganzes Stück weitergekommen.

Nachdem wir ganz intensiv und mit Hochdruck an dem Thema gearbeitet haben, kommt jetzt ein Antrag auf den Tisch. Ich muss sagen: Er hat fast Sati-recharakter.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister, darf ich Sie auf die Redezeit aufmerksam machen?

**Harry Kurt Voigtsberger,** Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Ja. – Es wird beantragt, ein Sonderprogramm gegen Schlaglöcher aufzulegen, und zwar mit der Begründung, dies habe die Vorgängerregierung auch schon gemacht.

Klar ist: Sie haben in den letzten fünf Jahren die Straßen zerfallen und verkommen lassen. Jetzt wollen Sie Schlaglöcher-Programme auflegen. Bei Straßen in gutem Zustand entstehen keine Schlaglöcher, meine Damen und Herren. Nur wenn man die Straßen verkommen lässt, machen sie sich irgendwann an der Oberfläche bemerkbar. Dann rumpelt man in der Tat über kaputte Straßen. Das werden wir durch unser Programm in der Zukunft vermeiden und abbauen.

Wir haben der Erhaltung den Vorrang gegeben. Die Mittel sind dafür aufgestockt. Was wir jetzt tun können, Schlaglöcher ganz schnell zu sanieren, werden wir machen. Dabei wissen wir, dass die Straßen natürlich von Grund auf saniert werden müssen. Das muss noch geleistet werden.

Frau Präsidentin, ich darf noch kurz Bezug auf die Finanzierung nehmen. Sie haben damals, im Januar 2010, die Bereitstellung von 12,2 Millionen € zur Beseitigung von Schlaglöchern auf Landesstraßen verkündet. Wie kamen diese Gelder zustande? – Zusätzliches, erspartes Geld. Das hat mich, Herr Lehne, natürlich brennend interessiert. Dann stellte ich fest: Um diesen Betrag zur Verfügung zu stellen, wurden etwa 9 Millionen € aus dem Titel „Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen“ genommen, also aus dem Titel, aus dem sowieso die Erhaltung von Straßen und natürlich auch die Beseitigung von Schlaglöchern finanziert werden. Das heißt, Sie haben letztlich Erhaltungsmittel gegen Erhaltungsmittel getauscht – nicht sehr intelligent.

Dann haben Sie noch 3,5 Millionen € aus dem Titel „Neubau von Landesstraßen“ genommen. Das heißt, hierbei wurde auch nichts eingespart. Das war auch kein zusätzliches Geld. Sie haben einfach Neubaumittel umgewidmet und daraus ein großspuriges Aktionsprogramm gegen Schlaglöcher konstruiert. Das ist eher ein Taschenspielertrick als eine seriöse Finanzierung.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zuruf von Olaf Lehne [CDU])

Also: Keine Einsparungen, keine zusätzlichen Mittel. – Ich muss sagen: Solche Anträge können wir uns ersparen; die brauchen wir nicht. Wir gehen ganz gezielt an die aktuelle Beseitigung der Schlaglöcher als kurzfristiges Programm. Wir werden unsere Straßen nachhaltig verbessern und erhalten. Das ist solide Politik. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke schön, Herr Minister. – Der Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat seine Redezeit um drei Minuten und 23 Sekunden überzogen, sodass selbstverständlich den Fraktionen eine entsprechend längere Redezeit zur Verfügung steht. Falls Sie sie nutzen möchten, weise ich die Fraktionen von CDU und FDP darauf hin, dass ihre beiden Redner ihre Redezeit bereits erheblich überzogen hatten.

(Jochen Ott [SPD]: Wir sind großzügig!)

Möchte jemand die zusätzliche Redezeit nutzen? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich auch hier die Debatte schließen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Antrag Drucksache 15/1072**. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich schließe damit Tagesordnungspunkt 5 und rufe auf:

## **6 Keine zusätzlichen Belastungen von Bürgern und Wirtschaft – Gesetzlich beschlossene Abschaffung der Wassersteuer beibehalten**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1063

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abruszat das Wort.

**Kai Abruszat (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf zur Wassersteuer zeigt, mit welcher Mentalität die Landesregierung jetzt auch an dieser Stelle Politik macht. Jagdsteuer, Kies-Euro und jetzt auch die Wassersteuer – an vielen Enden werden die Bürger und die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zusätzlich belastet.

(**Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis**)

Meine Damen und Herren, die Belastung scheint zwar bei der Wassersteuer auf den ersten Blick nur ganz gering zu sein, aber es kommt eins zum anderen, und es sind die Summen der Belastungen insgesamt, die die Menschen in diesem Land treffen.

Denn eins ist doch klar: Die Erhöhung der Wassersteuer pro Kubikmeter um etwa 40 % führt automatisch auch zu Wasserpreiserhöhungen für die Bürger. Dazu kommt, dass Sie, meine Damen und Her-

ren von der Landesregierung, bei Kühlwasserentnahmen sogar 67 % aufschlagen und somit dafür sorgen werden, dass auch die Stromerzeugung teurer wird. Das kann nicht Ihrem Anspruch auf soziale Gerechtigkeit entsprechen.

Sie werden das vermutlich gleich bestreiten und die geplante Erhöhung mit notwendigen Ausgaben rechtfertigen. Das kann man Ihnen aber nicht durchgehen lassen. Ich werde Ihnen das auch erläutern: Obwohl wir bereits seit zwei Jahren das Wasserentnahmeentgelt abschmelzen, lag der Erlös immer noch über den jährlich geschätzten Kosten für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie von rund 50 Millionen €. Ihre Erlöse dürften sich auf mehr als das Doppelte dieser Summe belaufen. Und wenn sich die Kosten für die Umsetzung dieser Richtlinie verdoppelt haben sollten, dann erklären Sie dem Parlament, warum das so ist und warum genau an dieser Stelle der entsprechende Kapitalbedarf besteht.

Das Wasserentnahmeentgelt wurde in der letzten Legislatur auch gerade deshalb abgeschafft, weil es um die Frage der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen geht. Hessen verlangt seit 2003 kein Entgelt mehr für Wasserentnahme, Rheinland-Pfalz mit SPD-Regierung unter Kurt Beck hat noch nie eine Wassersteuer erhoben. Gerade dort sitzen die wichtigsten Wettbewerber der nordrhein-westfälischen chemischen Unternehmen. Das Wasserentnahmeentgelt ist also eine Steuer, die zu einer Wettbewerbsverzerrung par excellence führt und den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen schwächt.

Jetzt könnte man vielleicht noch sagen: Eine Erhöhung der Wassersteuer hat einen Lenkungseffekt, weil man dadurch vielleicht – ökologisch sinnvoll – Wasser spart. Fakt ist: Wir haben in Nordrhein-Westfalen weder qualitativ noch quantitativ Probleme mit der Wasserversorgung. Ein noch niedriger Verbrauch würde sogar negative Konsequenzen haben, da bereits heute – so sagen es jedenfalls viele Stadtwerke – die Abwasserrohre mit frischem Trinkwasser durchgespült werden müssen, um Verstopfungen und Ablagerungen durch zu niedrigen Durchfluss zu vermeiden. Insofern ist der niedrige Wasserverbrauch in diesem Fall volkswirtschaftlich sogar von Nachteil. Und mit Wassersparen begründen Sie ja auch nicht das Gesetz.

Das zeigt: Im Vordergrund geht es um das Abzocken von Bürgern und Unternehmen, insbesondere vom Mittelstand.

(Beifall von der FDP)

Dann gibt es noch die Papierindustrie, die ganz besonders betroffen ist, aber auch insgesamt die Lebensmittelindustrie und viele andere Industriebereiche mehr.

Ganz besonders bemerkenswert ist in dem Zusammenhang auch die Tatsache, wie dieses Gesetz auf den Weg gebracht wird: Bisher war es bei